



Justizministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgegeben vom Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Nr. 7 – 11. Jahrgang – Potsdam, 13. Juli 2001

Inhalt	Seite
Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen	
Haftentscheidungshilfe in Jugendstrafverfahren Gemeinsamer Runderlass des Ministers der Justiz und für Europaangelegenheiten, des Ministers des Innern und des Ministers für Bildung, Jugend und Sport vom 26. April 2001 (4210-III.24)	146
Ausführungsvorschriften zum Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz und für Europaangelegenheiten zur Änderung der Allgemeinen Verfügung vom 3. August 1998 vom 21. Juni 2001 (4208-III.1/3)	151
Ehrung von Schiedspersonen Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz und für Europaangelegenheiten vom 25. Juni 2001 (3181-II.2)	152
Bekanntmachungen	
Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten vom 6. Juni 2001	156
Einstellung von Rechtsreferendaren Festsetzung der Ausbildungskapazität Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg vom 8. Juni 2001	156
Personalnachrichten	
Ernennungen	156
Ausschreibungen	157

Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen

Haftentscheidungshilfe in Jugendstrafverfahren

Gemeinsamer Runderlass des Ministers
der Justiz und für Europaangelegenheiten,
des Ministers des Innern und des Ministers
für Bildung, Jugend und Sport
Vom 26. April 2001
(4210-III.24)

1. Allgemeines

Angesichts der mit dem Vollzug der Untersuchungshaft verbundenen Gefahren für die Entwicklung von jungen Menschen darf Untersuchungshaft gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden nur angeordnet bzw. vollstreckt werden, wenn weniger eingriffsintensive Mittel nicht ausreichen.

Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe wirken in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendgericht darauf hin, Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden zu vermeiden oder zu verkürzen, wenn dies im Einzelfall angezeigt erscheint.

Die Jugendgerichtshilfe klärt die persönlichen und sozialen Verhältnisse und Möglichkeiten alternativer Maßnahmen.

Sofern nicht gewichtige Gründe für die Verhängung von Untersuchungshaft vorliegen und weniger eingriffsintensive Mittel nicht ausreichen, bietet sich bei Jugendlichen die einstweilige Unterbringung in geeigneten Einrichtungen der Jugendhilfe als erzieherische Haftalternative gemäß § 71 Abs. 2 JGG und § 72 Abs. 4 JGG an (Anlage 1).

2. Verfahren

2.1 Die Polizei unterrichtet die örtlich zuständige Jugendgerichtshilfe unverzüglich von der vorläufigen Festnahme jugendlicher oder heranwachsender Beschuldigter, sobald nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft eine Vorführung zur Entscheidung über den Erlass eines Haftbefehls zu erwarten ist (§ 72 a JGG) und sie mit der Staatsanwaltschaft abgestimmt hat, auf welche Weise die Jugendgerichtshilfe noch vor der Vorführung vor den Haftrichter, insbesondere im Polizeigewahrsam, Kontakt zum Beschuldigten aufnehmen kann.

Die Unterrichtung ist in den Akten unter Angabe von Datum, Uhrzeit und Namen nebst Telefonnummern der mit den Aufgaben der Jugendgerichtshilfe betrauten Fachkraft der Jugendhilfe zu vermerken (vgl. im Übrigen Anlage 2).

Um eine frühzeitige Einbeziehung jederzeit sicherzustellen, werden Polizei und Jugendgerichtshilfe nach Maßgabe der örtlichen Rahmenbedingungen und Kapazitäten Informationswege vereinbaren, um die ständige Erreichbarkeit der Jugendgerichtshilfe zu gewährleisten.

2.2 Die Jugendgerichtshilfe unterrichtet die Staatsanwaltschaft oder das Haftgericht unverzüglich über die soziale und erzieherische Situation der oder des Beschuldigten und schlägt insbesondere bei 14- und 15-jährigen Beschuldigten alternative Maßnahmen zum Erlass eines Haftbefehls vor.

2.3 Die Staatsanwaltschaft setzt sich spätestens vor einem Antrag auf Erlass eines Haftbefehls mit der Jugendgerichtshilfe in Verbindung und hört sie an, soweit sie noch nicht unterrichtet wurde. Die unverzügliche Vorführung vor den Haftrichter darf hierdurch nicht gefährdet werden (§ 128 Abs. 1 StPO). Beantragt die Staatsanwaltschaft den Erlass eines Haftbefehls, so unterrichtet der Haftrichter hierüber die Jugendgerichtshilfe und teilt ihr Ort und Zeit des gerichtlichen Vorführtermins mit.

Die Jugendgerichtshilfe soll am Hafttermin und Haftprüfungstermin teilnehmen. Etwaige weitere Erkenntnisse teilt die Jugendgerichtshilfe unverzüglich der Staatsanwaltschaft und dem Haftrichter mit.

2.4 Unterrichtet die Jugendgerichtshilfe den Haftrichter nicht mündlich über mögliche alternative Angebote der Erziehungshilfe, so soll sie das Ergebnis der Mitwirkung gemäß § 38 Abs. 2 JGG möglichst unverzüglich in einem Vermerk niederlegen, der zu den Ermittlungsakten zu geben ist.

2.5 Die Justizvollzugsanstalt unterrichtet die Jugendgerichtshilfe und die Staatsanwaltschaft über die Entwicklung der Jugendlichen oder Heranwachsenden in der Untersuchungshaft und teilt neue Erkenntnisse unverzüglich mit. Dies gilt insbesondere, wenn nach diesen Erkenntnissen künftig ein alternatives Angebot statt der Untersuchungshaft genutzt werden soll.

3. Keine Anwendung der Verfahrensgrundsätze bei § 127 b StPO

Die Verfahrensgrundsätze zu 2. finden auf die vorläufige Festnahme und den Erlass eines Haftbefehls nach § 127 b StPO (Hauptverhandlungshaft) keine Anwendung.

4. In-Kraft-Treten

Der Gemeinsame Runderlass tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Potsdam, den 26. April 2001

Der Minister der Justiz
und für Europaangelegenheiten

Prof. Dr. Kurt Schelter

Der Minister des Innern

Jörg Schönbohm

Der Minister für Bildung,
Jugend und Sport

Steffen Reiche

Anlage 1

Jugendhilfeeinrichtungen für Unterbringung gemäß § 71 Abs. 2 und § 72 Abs. 4 JGG
(Stand: Oktober 2000)

Träger	Einrichtung (Adresse der Einrichtung, Landkreis/ zuständiges Jugendamt)	Kapazität der Einrichtung	Plätze für Unter- bringung nach §§ 71, 72 JGG
Albert-Schweitzer-Familienwerk Ziegelstr. 14 39261 Zerbst Tel.: (0 39 23) 74 04-0 Ansprechpartner: Herr Schubert	Außenwohngruppe Dorfstr. 13 14913 Blönsdorf Tel.: (03 37 43) 5 02 11 Landkreis: Teltow-Fläming	8	8
Christliches Jugenddorf Geschäftsleitung Teckstr. 23 73061 Ebersbach Tel.: (0 71 53) 93 00	CJD Seelow Jugendhilfe Seelow e. V. Apfelstr. 13 15306 Seelow Tel.: (0 33 46) 88 15 11 Leiter: Herr Reich Projekt: Feldstr. 7 15306 Seelow Tel.: (0 33 46) 84 31 35 Proj.-L.: Frau Fuhrmann Landkreis: Märkisch-Oderland	35	6
Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder u. Jugendlicher mbH Lindenstr. 34 a 14467 Potsdam Tel.: (03 31) 27 90 90 Fax: (03 31) 2 79 09 22 Pädagogischer Leiter: Herr Lekow	Jugendheim Lehnin Gohlitzstr. 23 14797 Lehnin Tel.: (0 33 82) 70 10 24 Fax: (0 33 82) 2 88 Leiter: Herr Still Landkreis: Potsdam-Mittelmark	36	2
	Jugendheim Siethen Potsdamer Str. 8 a 14974 Siethen Tel.: (0 33 78) 8 57 80 Fax: (0 33 78) 85 78 22 Leiter: Herr Grohmann Landkreis: Teltow-Fläming	36	2
	Jugendheim „Uckermark“ Dorfmitte 17 17268 Gerswalde Tel.: (03 98 87) 3 71 Fax: (03 98 87) 3 73 Leiter: Herr Witt Landkreis: Uckermark	50	2

Träger	Einrichtung (Adresse der Einrichtung, Landkreis/ zuständiges Jugendamt)	Kapazität der Einrichtung	Plätze für Unter- bringung nach §§ 71, 72 JGG
Haus der sozialen Integration e. V. Geschäftsstelle Oderberger Str. 15 16259 Bralitz Tel.: (0 33 69) 72 40 Ansprechpartner: Herr Heißig	Haus der sozialen Integration e. V. Oderberger Str. 15 16259 Bralitz Tel.: (0 33 69) 72 40 Außenwohngruppen in: - Jugend-WG Dorfstr. 11 16269 Harnekop - Jugend-WG Dorfstr. 10 16259 Kerstenbruch Landkreis: Märkisch-Oderland	126 bis zu 6 Plätze bis zu 6 Plätze	bis zu 12
Horizont e. V. Ketziner Str. 1 14641 Nauen Tel.: (0 33 21) 45 53 41 Fax: (0 33 21) 45 02 59 Ansprechpartner: Herr Ulrich	Jugendwohnheim „Am Weinberg“ Am Weinberg 14641 Nauen Tel.: (0 33 21) 45 53 61 Landkreis: Havelland	17	2
	Jugend-WEG Rosa-Luxemburg-Str. 86 16727 Velten Tel.: (0 33 04) 3 45 16 Landkreis: Oberhavel	24	2
Hot e. V. Brandenburg Wilhelmsdorf 7 a 14776 Brandenburg Tel.: (0 33 81) 66 35 63 Herr Haedicke	Jugendhaus „hot“ Wilhelmsdorf 7 a 14776 Brandenburg Tel.: (0 33 81) 66 35 63 Stadt: Brandenburg	16	4
Humanistischer Verband Regionalverband Brandenburg Nord e. V. Mühlenfeld 12 16515 Oranienburg Tel.: (0 33 01) 8 34 10 Ansprechpartner: Herr Koopmann	Humanistischer Verband Regionalverband Brandenburg Nord e. V. Mühlenfeld 12 16515 Oranienburg Tel.: (0 33 01) 8 34 10 Ansprechpartner: Herr Koopmann	42	im Rahmen der Kapazität
Pewobe gGmbH Holzmarkt 3 15230 Frankfurt (Oder) Tel.: (03 35) 53 12 94 Frau Krüger	Betreutes Wohnen Am Trockendock 3 15890 Eisenhüttenstadt Tel.: (0 33 64) 41 36 93 Leiter: Herr Nehring Landkreis: Oder-Spree	8	4
Verein für Jugend- und Straffälligenhilfe Dorfstr. 35 15913 Zaue Tel.: (03 54 78) 1 23 75	Jugendwohnen Dorfstraße 35 15913 Zaue Tel.: (03 54 78) 2 68 Herr Jelowik Landkreis: Dahme-Spreewald		
WIBB gGmbH Straße der Jugend 31 15562 Rüdersdorf Tel.: (03 36 38) 6 40 26 Ansprechpartner: Herr Robeck	Jugendheim WIBGB gGmbH Straße der Jugend 31 15562 Rüdersdorf Tel.: (03 36 38) 6 40 26 Landkreis: Märkisch-Oderland	43	2
EJF - Evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk Königsberger Straße 28 a 12207 Berlin Geschäftsführer: Herr Dreusicke	Jugendhilfeeinrichtung Frostenwalde 16306 Frostenwalde Tel.: (03 33 31) 7 96 10	32	32

Anlage 2

Anschriften der Jugendämter/Jugendgerichtshilfe**Jugendamt des Landkreises Barnim**

ASD/Jugendgerichtshilfe
Heegermühler Straße 75
16225 Eberswalde

Ansprechpartner:

ASD-Leiterin Frau Witte, Tel.: (0 33 34) 2 14-2 29
Herr Rittwag, JGH, Tel.: (0 33 34) 2 14-2 41
Herr Schmidt, JGH, Tel.: (0 33 34) 2 14-2 40

Jugendamt des Landkreises Dahme-Spreewald

ASD/Jugendgerichtshilfe
Beethovenweg 14
15901 Lübben

Ansprechpartner:

Frau Simon, ASD-Leiterin, Tel.: (0 35 46) 20 17 33
Frau Zeitler, JGH (Lübben), Tel.: (0 35 46) 20-0
Frau Kleinau, Frau Jungblut, JGH (Königs Wusterhausen),
Tel.: (0 33 75) 26 21 40

Jugendamt des Landkreises Elbe-Elster

Spezialdienst/JGH
Dresdner Straße 21
04924 Bad Liebenwerda

Ansprechpartner:

Frau Krenkel, Leiterin des Spezialdienstes, Herzberg,
Tel.: (0 35 35) 4 61 77
Frau Möbius, JGH (Außenstelle Herzberg),
Tel.: (0 35 35) 4 64 32
Frau Walter, Frau Naumann, JGH (Außenstelle Finsterwalde),
Tel.: (0 35 31) 7 43 69/7 43 65

Jugendamt des Landkreises Havelland

ASD/Jugendgerichtshilfe
Platz der Freiheit 1
14712 Rathenow

Ansprechpartner:

Frau Piotrowski, ASD-Leiterin, Tel.: (0 33 85) 5 51 24 22
Herr Wäsch, JGH, Tel.: (0 33 85) 55 12 17
Frau Böttcher, JGH (Außenstelle 14641 Nauen, Goethestr. 59/60),
Tel.: (0 33 21) 40 35-3 18

Jugendamt des Landkreises Märkisch-Oderland

ASD/Jugendgerichtshilfe
Klosterstraße 14
15341 Strausberg

Ansprechpartner:

Frau Frömming, ASD-Leiterin, Tel.: (0 33 41) 35 45 20
Frau Zanow, JGH, Tel.: (0 33 41) 35 43 17
Herr Trost, JGH, Tel.: (0 33 41) 35 44 58
Frau Schulze, JGH, Tel.: (0 33 41) 35 45 79
Frau Sobottka, JGH (Nebenstelle Bad Freienwalde),
Tel.: (0 33 44) 4 66 11
Frau Dunst, JGH (Nebenstelle Seelow), Tel.: (0 33 46) 85 03 90

Jugendamt des Landkreises Oberhavel

ASD/Jugendgerichtshilfe
Poststraße 1
16515 Oranienburg

Ansprechpartner:

Frau Wolf, ASD-Leiterin, Tel.: (0 33 01) 60 14 49
Herr Timian, JGH, Tel.: (0 33 01) 60 14 45
Herr Rink, JGH, Tel.: (0 33 01) 60 14 45
Frau Klein, JGH, Tel.: (0 33 01) 60 14 47

Jugendamt des Landkreises Oberspreewald-Lausitz

Windmühlenweg 1
01968 Senftenberg

Ansprechpartner:

Frau Puchert, ASD-Leiterin, Tel.: (0 35 73) 36 01 38
JGH, aufgeteilt in 3 Regionen:
1. Region Senftenberg: Frau Rontge, Tel.: (0 35 73) 3 60-1 33
2. Region Lauchhammer: Frau Pfennig, Tel.: (0 33 73) 3 60-1 32
3. Region Calau: Frau Sopora, Tel.: (0 35 41) 8 70-42 83

Jugendamt des Landkreises Oder-Spree

Kommunaler Sozialdienst/Jugendgerichtshilfe
Breitscheidstraße 7
15841 Beeskow

Ansprechpartner:

Kommunaler Sozialdienst in 4 Regionen, denen jeweils auch die JGH zugeordnet ist:
Region Beeskow:
KSD-Koordinatorin: Frau Swiers, Tel.: (0 33 66) 35-19 10
JGH: Frau Koschensch, Tel.: (0 33 66) 36-19 15
Region Erkner:
KSD-Koordinatorin und
JGH: Frau Kränig, Tel.: (0 33 62) 7 40-79 35
Region Fürstenwalde:
KSD-Koordinatorin: Frau Wende, Tel.: (0 33 61) 5 99-34 34
JGH: Frau Weidner, Tel.: (0 33 61) 5 99-34 51
Region Eisenhüttenstadt:
KSD-Koordinatorin, Frau Ilte, Tel.: (0 33 64) 5 05-43 40
JGH: Herr Seefeld, Tel.: (0 33 64) 5 05-43 31

Jugendamt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin

ASD/Jugendgerichtshilfe
Virchowstraße 1
16816 Neuruppin

Ansprechpartner:

Frau Dabitz, ASD-Leiterin, Tel.: (0 33 91) 68 83 51
Herr Illing, JGH, Tel.: (0 33 91) 68 83 50

Jugendamt des Landkreises Potsdam-Mittelmark

ASD/Jugendgerichtshilfe
Niemöllerstraße 1
14806 Belzig

Ansprechpartner:

Frau Steinig, ASD-Leiterin, Tel.: (03 31) 2 89 39 82
Frau Freese, JGH (Werder), Tel.: (0 33 27) 73 93 23
Frau Thiel, JGH (Teltow), Tel.: (0 33 28) 31 82 11

Jugendamt des Landkreises Prignitz

1. Landkreis Prignitz
Jugendamt/Regionalbereich Wittenberge
Lenzener Straße 11
19322 Wittenberge

Ansprechpartner:

Frau Busse, Regionalleiterin, Tel.: (0 38 77) 60-4 82/4 84
Herr Kipp, JGH, Tel.: (0 38 77) 60-4 82/4 84

2. Landkreis Prignitz
Jugendamt/Regionalbereich Pritzwalk
Havelberger Straße 30
15928 Pritzwalk

Ansprechpartner:

Frau Dutkowski, Regionalleiterin, Tel.: (0 33 95) 30 21 68
Frau Dannemann, JGH, Tel.: (0 33 95) 30 23 68

3. Landkreis Prignitz
Jugendamt/Regionalbereich Perleberg
Berliner Straße 49
19348 Perleberg

Ansprechpartner:

Frau Kroll, Regionalleiterin, Tel.: (0 38 76) 71 34 80

Jugendamt des Landkreises Spree-Neiße

ASD/Jugendgerichtshilfe
Richard-Wagner-Straße 37
03149 Forst (Lausitz)

Ansprechpartner:

Frau Tietz, ASD-Leiterin und komm. Amtsleiterin,
Tel.: (0 53 62) 98 65 51 31
Frau Berger, JGH (Guben), Tel.: (0 35 61) 68 70-4 04
Frau Neumann, JGH (Spremburg), Tel.: (0 35 63) 5 72 51 40
Frau Weißbach, JGH (Forst), Tel.: (0 53 62) 9 33 18
Frau Zieger, JGH (Cottbus), Tel.: (03 55) 5 80 22 23

Jugendamt des Landkreises Teltow-Fläming

Sozialpädagogischer Dienst/JGH
Nuthefließ 3
14943 Luckenwalde

Ansprechpartner:

Frau Mathews, Leiterin des Sozialpädagogischen Dienstes,
Tel.: (0 33 71) 6 08-35 00
JGH:
Herr Fuchs, Tel.: (0 33 71) 6 08-35 02
Herr Hüttner, Tel.: (0 33 71) 6 08-35 03
Frau Roloff, Tel.: (0 33 71) 6 08-35 01

Jugendamt des Landkreises Uckermark

Karl-Marx-Straße 1
17291 Prenzlau

Ansprechpartner:

Frau Bock, ASD-Leiterin, Tel.: (0 39 84) 70-29 51
JGH, aufgeteilt in 4 Regionen:
Regionalstelle Angermünde:
Koordinatorin der JGH, Frau Geiler, Tel.: (0 33 31) 2 68-2 19
Fax: (0 33 31) 3 26 75

Region Prenzlau:
Frau Semrau, Tel.: (0 39 84) 70 40 51
Region Templin:
Frau Giese, Tel.: (0 39 87) 41 21 51
Region Schwedt:
Frau Giese, Tel.: (0 33 32) 20 81-66
Frau Rahn, Tel.: (0 33 32) 20 81-65

Jugendamt der Stadt Brandenburg an der Havel

Jugendsozialdienst/JGH
Warschauer Straße 22
14770 Brandenburg an der Havel

Ansprechpartner:

Frau Lübke, Leiterin des Jugendsozialdienstes,
Tel.: (0 33 81) 72 39 10
Herr Ludeking, JGH, Tel.: (0 33 81) 25 09 66
Frau Papenbrock, JGH, Tel.: (0 33 81) 25 09 67

Jugendamt der Stadt Cottbus

ASD/Jugendgerichtshilfe
Karl-Marx-Straße 67
03044 Cottbus

Ansprechpartner:

Herr Trümper, ASD-Leiter, Tel.: (03 55) 6 12 35 54
Frau Pirna, Lt. der JGH, Tel.: (03 55) 6 12-0

Jugendamt der Stadt Frankfurt (Oder)

Logenstraße 8 (Oderturm, 22. - 24. Etage)
15230 Frankfurt (Oder)

Ansprechpartner:

Herr Kemna, ASD-Leiter, Tel.: (03 35) 5 52 51 08
JGH:
Herr Lingner, Tel.: (03 35) 5 52-51 30
Frau Schädel, Tel.: (03 35) 5 52-54 60/54 61
Herr Schmidt, Tel.: (03 35) 54 42 72

Jugendamt der Stadt Potsdam

ASD/Jugendgerichtshilfe
Friedrich-Ebert-Straße 79 - 81
14461 Potsdam

Ansprechpartner:

Frau Köhler, ASD-Leiterin, Tel.: (03 31) 2 89 22 80
Frau Breitling, JGH, Tel.: (03 31) 2 89 23 03
Frau Kolter
Herr Pruetz

Im Landesjugendamt zuständig für Belange der JGH:

Herr Kreichelt
LJA Brandenburg
Ref. Hilfen zur Erziehung
Schlossplatz 2
16515 Oranienburg
Tel.: (0 33 01) 59 83 42
E-Mail: Dieter.Kreichelt@lja.brandenburg.de

**Ausführungsvorschriften zum Gesetz über
die Entschädigung für Strafverfolgungs-
maßnahmen**

Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz
und für Europaangelegenheiten zur Änderung
der Allgemeinen Verfügung vom 3. August 1998
Vom 21. Juni 2001
(4208-III.1/3)

I.

Die Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten vom 3. August 1998 (JMBl. S. 90), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 7. Dezember 1999 (JMBl. S. 178), wird wie folgt geändert:

1. In Teil I A. III Nr. 1 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:

„Zugleich weist sie ihn auf die Möglichkeit der Nachzahlung von Beiträgen zur Rentenversicherung, insbesondere auf die dabei zu beachtende Antragsfrist (§ 205 Abs. 2 SGB VI) hin.“

2. Teil I B. II Nr. 2 Buchstabe b aa) bis cc) wird wie folgt gefasst:

„aa) Sind dem Berechtigten Ausgaben für Verpflegung und Unterkunft erspart geblieben, so wird je Tag ein Betrag in Höhe von 3/4 aus der Summe des Haftkostensatzes für Einzelunterbringung und des Haftkostensatzes für Verpflegung (Frühstück, Mittagessen und Abendessen) angerechnet.

bb) Sind ihm nur Ausgaben für Verpflegung oder nur Ausgaben für Unterkunft erspart geblieben, so wird je Tag ein Betrag in Höhe von 3/4 des Haftkostensatzes für Verpflegung (Frühstück, Mittagessen und Abende-

sen) bzw. des Haftkostensatzes für Einzelunterbringung angerechnet.

- cc) Dabei werden der Aufnahme- und der Entlassungstag als ein Tag gerechnet.“

3. Teil I B. II Nr. 2 Buchstabe d wird wie folgt gefasst:

„Durch die Strafverfolgungsmaßnahme erlittene rentenversicherungsrechtliche Nachteile werden regelmäßig dadurch ausgeglichen, dass dem Antragsteller nach Maßgabe der Sätze 2 bis 4 der Betrag erstattet wird, der ohne die Strafverfolgungsmaßnahme an Beträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet worden wäre. Hat der Antragsteller freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung für Zeiten von Strafverfolgungsmaßnahmen (vgl. § 205 SGB VI) nachgezahlt, so sind ihm die gezahlten Beiträge, höchstens jedoch der in Satz 1 genannte Betrag zu erstatten. Hat er rechtzeitig einen Antrag auf Nachzahlung freiwilliger Beiträge gestellt, die Beiträge aber noch nicht an den Rentenversicherungsträger gezahlt, so sind die Beiträge, höchstens jedoch der in Satz 1 genannte Betrag unmittelbar an den Rentenversicherungsträger auszubehalten. Hat der Antragsteller einen Antrag auf Nachzahlung freiwilliger Beiträge nicht rechtzeitig gestellt, unterbleibt ein Ausgleich.“

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am 15. Juli 2001 in Kraft.

Potsdam, den 21. Juni 2001

Der Minister der Justiz
und für Europaangelegenheiten

Prof. Dr. Kurt Schelter

Ehrung von Schiedspersonen

Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz
und für Europaangelegenheiten
Vom 25. Juni 2001
(3181-II.2)

Die Justizverwaltung bringt Schiedspersonen nach Vollendung einer ununterbrochenen zehnjährigen Tätigkeit, nach Vollendung einer ununterbrochenen fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit und aus Anlass des Ausscheidens aus dem Amt ihren Dank und ihre Anerkennung durch Überreichen einer Urkunde zum Ausdruck.

Die Dauer der Tätigkeit ist ab dem Tage der Verpflichtung (§ 6 des Schiedsstellengesetzes) zu rechnen. Zeiten einer Tätigkeit als stellvertretende Schiedsperson können hierbei nur dann berücksichtigt werden, wenn die stellvertretende Schiedsperson tatsächlich zur Amtsausübung ständig herangezogen worden ist und die Vertretungstätigkeit bis zur Berufung als ordentliche Schiedsperson angedauert hat.

Von der Aushändigung einer Urkunde kann anlässlich des Ausscheidens aus dem Amt abgesehen werden, wenn der Schiedsperson innerhalb der letzten zwölf Monate eine Urkunde zur Vollendung der zehnjährigen oder fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit ausgehändigt worden ist; in diesem Fall kann es bei der Aushändigung eines Dankschreibens verbleiben.

Die Dankurkunden zur Vollendung der zehnjährigen Tätigkeit und anlässlich des Ausscheidens aus dem Amt sind von dem Präsidenten des Landgerichts (Präsidenten des Amtsgerichts), die Dankurkunde zur Vollendung der fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit ist von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts zu unterzeichnen. Die Urkunde ist durch den aufsichtsführenden Richter auszuhändigen.

In der Regel wird die zuständige Gemeinde ebenfalls den Wunsch haben, das Jubiläum und das Ausscheiden einer Schiedsperson in besonderer Weise zu würdigen. Die aufsichtsführenden Richter sollen sich deshalb mit der Gemeinde abstimmen und möglichst darauf hinwirken, dass die Ehrung durch die Gemeinde und durch die Justizverwaltung gleichzeitig vorgenommen wird. Von der bevorstehenden Aushändigung der Urkunde zur Vollendung der fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit ist die örtliche Presse zu verständigen.

Die Dankurkunden erhalten die aus der Anlage ersichtlichen Fassungen.

Dem Präsidenten des Landgerichts sind zwei Monate vor Beendigung einer zehnjährigen Amtszeit und alsbald nach Kenntnis von dem Ausscheiden die zu ehrenden Schiedspersonen zu benennen; die anlässlich eines fünfundzwanzigjährigen Jubiläums zu Ehrenden sind dem Präsidenten des Oberlandesgerichts drei Monate vor Beendigung der fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit bekannt zu geben.

Eine Ehrung unterbleibt, wenn die Schiedsperson aufgrund eines unehrenhaften Verhaltens des Amtes enthoben wird (§ 8 des Schiedsstellengesetzes) oder aufgrund eines solchen Tatbestandes das Amt niederlegt.

Potsdam, den 25. Juni 2001

Der Minister der Justiz
und für Europaangelegenheiten

Prof. Dr. Kurt Schelter

Muster der Dankurkunden

a) nach zehnjähriger Tätigkeit

Dankurkunde

Im Namen der Justizverwaltung des
Landes Brandenburg
spreche ich

Frau/Herrn

zur Vollendung ihrer/seiner
zehnjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit
als Schiedsfrau/Schiedsman
für die geleisteten treuen Dienste
meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Ort, Datum

Die Präsidentin/Der Präsident
des Landgerichts
(Die Präsidentin/Der Präsident
des Amtsgerichts)

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)

b) nach fünfundzwanzigjähriger Tätigkeit

Dankurkunde

Im Namen der Justizverwaltung des
Landes Brandenburg
spreche ich

Frau/Herrn

zur Vollendung ihrer/seiner
fünfundzwanzigjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit
als Schiedsfrau/Schiedsman
für die langjährigen treuen Dienste
meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Ort, Datum

Die Präsidentin/Der Präsident
des Oberlandesgerichts

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)

c) anlässlich des Ausscheidens

Dankurkunde

Im Namen der Justizverwaltung des
Landes Brandenburg
spreche ich

Frau/Herrn

aus Anlass der Beendigung
ihrer/seiner ehrenamtlichen Tätigkeit
als Schiedsfrau/Schiedsman
für die geleisteten treuen Dienste
meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Ich verbinde damit die besten Wünsche für ihre/seine Zukunft.

Ort, Datum

Die Präsidentin/Der Präsident
des Landgerichts
(Die Präsidentin/Der Präsident
des Amtsgerichts)

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)

Bekanntmachungen

Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
und für Europaangelegenheiten
Vom 6. Juni 2001

Frau Rechtsanwältin Ines Glorius, 16225 Eberswalde, Erich-Mühsam-Str. 16, wurde durch Verfügung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten die Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO ausgesprochen.

Herrn Rechtsanwalt Ulrich Höcke, 16341 Zepernick, Schönower Str. 45, wurde durch Verfügung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten die Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO ausgesprochen.

Herrn Rechtsanwalt Matthias Lingk, 15230 Frankfurt (Oder), Buschmühlenweg 9, wurde durch Verfügung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten die Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO ausgesprochen.

Einstellung von Rechtsreferendaren Festsetzung der Ausbildungskapazität

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
und für Europaangelegenheiten
des Landes Brandenburg
Vom 8. Juni 2001

1. Im Land Brandenburg werden zum 1. November des Jahres 2001 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zur Ab-

leistung des allgemeinen juristischen Vorbereitungsdienstes eingestellt. Stammdienststellen werden die Landgerichte Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin und Potsdam sein.

Bewerbungen, die einschließlich aller Anlagen spätestens am **9. August 2001** vollständig eingegangen sein müssen, sind zu richten an den

Präsidenten
des Brandenburgischen Oberlandesgerichts
- Referendarausbildung -

14767 Brandenburg an der Havel.

Dort können ab sofort auch das Merkblatt über die Ernennung zur Rechtsreferendarin bzw. zum Rechtsreferendar und weitere Unterlagen angefordert werden.

2. Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über die Ausbildungskapazität und das Vergabeverfahren für den juristischen Vorbereitungsdienst im Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. April 1995 (GVBl. II S. 364), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 8. September 1998 (GVBl. II S. 579, 580), stehen im Land Brandenburg in den vier Landgerichtsbezirken hierfür

167 Ausbildungsplätze

zur Verfügung.